

# Der Vollzugsdienst

2/2017 – 64. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Tarifverhandlungen 2017:  
Was bringt uns der neue  
Tarifvertrag?**

Der Justizvollzugsdienst wurde  
besonders berücksichtigt

Seite 1

**Parlamentarischer Abend im  
dbb Forum – Zentrales Thema:  
Gewalt gegen Bedienstete**

Gefahr der Bagatellisierung  
und Verharmlosung

Seite 2

**Kosten rund 80 Millionen Euro:  
Passau erhält  
neue Justizvollzugsanstalt**

Personalbedarf von  
200 Stellen eingepplant

Seite 17



Foto: © Friedhelm Windmüller

**Gemeinsame Demonstration von Beamten und Tarifbeschäftigten**



Saarland



Nordrhein-Westfalen



Sachsen

## INHALT

### BUNDESVORSTAND

- 1 Tarifverhandlungen 2017:  
Was bringt uns der neue  
Tarifvertrag?
- 2 Parlamentarischer Abend im dbb Forum:  
Zentrales Thema:  
Gewalt gegen Bedienstete
- 3 IRZ sucht für Einsätze in internationalen  
Projekten interessierte Mitarbeiter/innen  
aus dem Strafvollzug
- 4 Seniorenarbeit in den  
Landesverbänden auf Bundesebene  
bündeln


### LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 17 Bayern
- 20 Berlin
- 25 Brandenburg
- 28 Bremen
- 29 Hamburg
- 32 Hessen
- 38 Mecklenburg-Vorpommern
- 42 Niedersachsen
- 44 Nordrhein-Westfalen
- 58 Rheinland-Pfalz
- 62 Saarland
- 64 Sachsen
- 67 Sachsen-Anhalt
- 69 Schleswig-Holstein
- 75 Thüringen

### ENTGELTTABELLEN

- 80 TV-L Allgemeiner Teil
- 84 Übergangszahlung für Beschäftigte im  
Justizvollzugsdienst der Länder, sowie im  
feuerwehrtechnischen Dienst der  
Freien Hansestadt Hamburg sowie des  
Landes Berlin
- 84 Vollzugszulage



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundesvorsitzender</b>	René Müller	rene.mueller@bsbd.de <b>www.bsbd.de</b>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Axel Lehrer	axel.lehrer@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	René Selle	rene.selle@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung</b>	Anja Müller	<b>vollzugsdienst@bsbd.de</b>
<b>Geschäftsstelle:</b>	<b>Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands</b> Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>	
<b>Baden-Württemberg</b>	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
<b>Bayern</b>	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
<b>Brandenburg</b>	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
<b>Bremen</b>	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
<b>Hamburg</b>	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
<b>Niedersachsen</b>	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
<b>Sachsen</b>	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
<b>Schleswig-Holstein</b>	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
<b>Thüringen</b>	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

**Redaktionsschluss**

für die Ausgabe 3/2017:

 **15. Mai 2017**

Gewerkschaftsarbeit zahlt sich aus

## Erhöhung der Gitterzulage 2017 auf 131,20 € durchgesetzt!

BSBD-Landesvorsitzende Birgit Kannegießer: Hessen jetzt an zweiter Stelle im Bundesvergleich

**E**s war ein klasse 26. Januar 2017! Gegen 16.30 Uhr erhielt **BSBD**-Landesvorsitzende **Birgit Kannegießer** einen Anruf von MdL **Hugo Klein**, CDU, zeitgleich schickte er folgende E-Mail los: „Der Hessische Landtag hat um 16.20 Uhr den Gesetzentwurf von **CDU** und **Bündnis 90/Die Grünen** einstimmig beschlossen. Erhöhte Zulage kann jetzt umgehend ausgezahlt werden. Ich freue mich für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ruf sie noch mal an. Herzliche Grüße, **Hugo Klein**“

„Ich bin megafroh und richtig stolz“, so **BSBD**-Landesvorsitzende **Birgit Kannegießer**, „dass wir es als **BSBD** Hessen geschafft haben! Das ist ein großer Erfolg für unsere Gewerkschaft – nach wirklich vielen und hartnäckigen vollzug-

politischen Gesprächen mit den Landtagsabgeordneten, besonders denjenigen der Regierungskoalition. Wir haben Tacheles gesprochen und die Arbeitssituation samt aller Grenzsituationen und Belastung zu schildern gewusst.“

Dass es dann in den Tarifverhandlungen am 2. und 3. März bereits im ersten Anlauf gelungen ist, die Vollzugszulage auch für die Tarifkolleginnen und Kollegen zu erhöhen, das war ein ganz besonderer Coup für den **BSBD** Hessen. Wir waren die Einzigen, die die Anhebung forderten!

Der stellvertretende Landesvorsitzende **Matthias Gerber** brachte in den Vorbereitungen der Tarifverhandlungen den Antrag für den **BSBD** Hessen ein und war in der zweiten Verhandlungsrunde

in Dietzenbach vor Ort – auch die ganze Verhandlungsnacht lang!

Wir, der **BSBD** Hessen, waren die Einzigen, die standhaft und beharrlich um diese Erhöhung kämpften. Und wir haben es geschafft!!!

Der **BSBD** Hessen sagt Danke an MdL **Hugo Klein**, danke auch an MdL **Karin Müller**, die das Thema in ihren Fraktionen mit großem Einsatz vertreten haben.

Und besonders erfreulich war die Einstimmigkeit bei der Abstimmung im hessischen Landtag bezüglich der Beamtinnen und Beamten!

In Hessen beträgt die Gitterzulage zukünftig 131,20 € für alle!!!! Das ist die zweithöchste Gitterzulage im Bundesvergleich (an Bayern kommt echt niemand mehr ran).

Tarifverhandlungen:

## Einkommensrunde 2017 – Ergebnis „Mehr und Besser“

Eigenständige Forderungen für den Justizvollzug erfolgreich durchgesetzt

„Mehr und besser“, so fasste **dbb** Verhandlungsführer **Willi Russ** am 3. März 2017 in aller Kürze den guten Kompromiss für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im hessischen Landesdienst zusammen. Nach zweitägigen, bis spät in die Nacht andauernden Verhandlungen zwischen hessischer Landesregierung und **dbb** in Dietzenbach steht ein Abschluss, der auch deshalb gut ist, weil er ausgewogen gestaltet wurde. Insbesondere für den Bereich des Justizvollzuges konnten eigenständige Forderungen durchgesetzt werden.

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnte erreicht werden, dass die **Vollzugszulage**, die seit dem Ausstieg des Landes Hessen aus der Tarifgemeinschaft der Länder seit dem 31. März 2014 in ihrer Höhe „eingefroren“ ist, **wieder an die Entwicklung im Beamtenbereich angepasst** wird. Beschäftigte in Justizvollzugseinrichtungen erhalten ab dem 1. März 2017 unter den gleichen Voraus-

setzungen und in der gleichen Höhe eine monatliche Zulage (Vollzugszulage), wie sie entsprechende Beamtinnen und Beamte des Landes als Stellenzulage zum Ausgleich der besonderen Anforderungen im jeweiligen Bereich erhalten. Nachdem die Vollzugszulage für die Beamtinnen und Beamten auf das Niveau der Polizeizulage angehoben wurde, können nunmehr auch Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer **von einer Anhebung der Zulage** von 95,53 € auf 131,20 € monatlich profitieren.

Neben der Anhebung der Vollzugszulage konnte eine deutliche **Verbesserung der Übergangsversorgung** der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Aufsichts-, Werk- und Krankenpflegedienst erreicht werden. Diese konnten seit Inkrafttreten des TV-H nur noch dann vor Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze wie vergleichbare Beamtinnen und Beamte aus dem aktiven Arbeitsverhältnis ausscheiden, wenn sie selbst eine kapitalbildende Versicherung mit einer Ablaufleistung in Höhe von ca. 30.000,00 € abgeschlossen und angespart hatten. Sofern eine solche Versicherung bestand, gewährte das Land ca. 45.000,00 € als Übergangsversorgung.

In den Tarifverhandlungen konnte erreicht werden, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der o.g. Berufsgruppen bis zu 36 Monate vor Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze aus dem aktiven Arbeitsverhältnis ausscheiden können und dass das Land Hessen ab 1. Juli 2017 nunmehr für die o.g. Berufsgruppen eine **Übergangsversorgung** in Höhe von



BSBD-Teilnehmer am dbb-Warnstreik in Wiesbaden am 1. März 2017 – v.l.n.r. Stefan Weber, Birgit Kannegießer, Jochen Habich und Wilma Volkenand. Fotos: (3) Birgit Kannegießer



V.l.n.r. Günter Kowalski, Stefan Weber, Jochen Habich.

ca. 75.000,00 € nach 36 Dienstjahren gewährt, unabhängig davon, ob die Arbeitnehmer/innen Kapitalbildende Versicherungen vorweisen können. Daneben wurden Übergangsregelungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vereinbart, die am 31.12.2009 bereits beschäftigt waren und zu diesem Zeitpunkt das 50. Lebensjahr vollendet hatten.

Im Kern der Forderungen stand jedoch die **lineare Einkommensverbesserung** der Tarifbeschäftigten. Linear erhalten diese im hessischen Landesdienst in zwei Stufen tabellenwirksam insgesamt 4,2% mehr Einkommen: Zum 1. März 2017 2,0% (mindestens jedoch 75,00 Euro) und zum 1. Februar 2018 nochmals 2,2%. Durch die Gewährung eines Mindestbetrages in Höhe von 75,00 Euro liegt die lineare Erhöhung z.B. in der Entgeltgruppe 6 bei deutlich über 5%. In den **Entgeltgruppen 9 bis 15** wird ab 1. Januar 2018, wie auch in den anderen Entgeltgruppen, eine **Stufe 6 eingeführt**. Die Stufe 6 liegt ab 1. Januar 2018 1,5% über Stufe 5 und wird zum 1. Oktober

2018 nochmals um 1,5% der jeweiligen Stufe 5 erhöht.

Auch die seit Jahren geforderte **stufengleiche Höhergruppierung** ist in Hessen vereinbart worden. Dies ist ein Alleinstellungsmerkmal im Länderbereich und leistet einen echten Beitrag, den öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten. Die Ungerechtigkeit einer Rückstufung

bei einer Höhergruppierung wurde damit endlich abgeschafft.

Bis zum Abschluss einer überarbeiteten Entgeltordnung zahlt das Land bestimmten Berufsgruppen eine Fachkräftezulage, zum Beispiel für IT-Spezialisten und Spezialistinnen, Ärzte/innen und Ingenieure/innen, mit einem Volumen von bis zu 1.000 Euro monatlich.

Darüber hinaus gewährt das Land Hessen allen Landesbeschäftigten ab dem 1. Januar 2018 eine **Freifahrtberechtigung im Nah- und Regionalverkehr** innerhalb Hessens. (Stichwort: Jobticket)

Die Berechtigung beinhaltet die Nutzung der Leistungen im Nah- und Regionalverkehr, unabhängig von Strecke, Wohnort- und Dienort inkl. der gängigen Mitnahmeregelung im Rahmen der geltenden Tarifbestimmungen der Verkehrsverbände.

Zu den Einzelheiten wird auf die Tarifeinigung vom 3. März 2017 verwiesen. Diese ist auf der Homepage des **dbb** unter nachfolgendem Link abrufbar:

[http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2017/170303\\_einigungspapier\\_hessen.pdf](http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2017/170303_einigungspapier_hessen.pdf)



dbb Landesvorsitzender Heini Schmitt auf dem Podium (zweiter v.l.).

Druckaufbau des dbb und des BSBD zeigen Wirkung

## Mehr Geld auch für Landesbeamtinnen und Beamte in Hessen

Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten als wichtige Kurskorrektur

**Am 13.03.2017 hat die Landesregierung Hessen unter Leitung von Ministerpräsident Volker Bouffier bekannt gegeben, dass das Land Hessen sich aufgrund der guten Haushaltslage entschlossen hat, das Tarifiergebnis für die Angestellten im öffentlichen Dienst in Hessen auch auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen.**

dbb-Landesvorsitzender **Heini Schmitt** sagte dazu: „Die Übertragung des Tarifiergebnisses geschieht damit inhaltsgleich, jedoch nicht ganz zeitgleich. Denn die erste Erhöhung der Besoldung und Ver-

sorgung soll mit vier Monaten Verzögerung in Kraft treten. Dennoch zollt der **dbb** und auch der **BSBD** dieser Entscheidung Anerkennung. Der **dbb** betrachtet das als einen wichtigen Schritt hin zu einem Kurswechsel und zur längst überfälligen Abkehr von den diesbezüglichen Festlegungen in der Koalitionsvereinbarung von **Schwarz-Grün**.“ Ein begrüßenswertes Signal.“, so **Heini Schmitt**.

Im Einzelnen wurde durch Ministerpräsident **Volker Bouffier** angekündigt: Lineare Anpassung der Besoldung und Versorgung um 2,0%, mindestens um 75,00 Euro zum 1. Juli 2017 und zum

1. Februar 2018 eine weitere lineare Anpassung um 2,2%. Die Anwärterbezüge sollen zeitgleich um je 35,00 Euro angehoben werden.

### Erhalt des Lebensarbeitszeitkontos bei gleichzeitiger Reduzierung der Wochenarbeitszeit

Neben der bereits im Koalitionsvertrag vereinbarten Reduzierung der Wochenarbeitszeit von Beamten auf 41 Stunden zum 1. August 2017, wird auch das Lebensarbeitszeitkonto (LAK) fortgeführt. Die Gutschrift der 41-ten Wochenstunde erfolgt für Beamte bis zum 60-ten Le-

bensjahr. Diese Zeitguthaben kann nach Aussage der Landesregierung zukünftig flexibel, etwa aus familiären Gründen, in Anspruch genommen werden. Die Möglichkeit, durch die angesparten Stunden früher in Pension zu gehen, bleibt ebenfalls erhalten. Hier wurde insgesamt die Forderung der Gewerkschaft nach der Beibehaltung des Lebensarbeitszeitkontos und besonders der zukünftigen Gutschrift der 41. Stunde erfüllt.

Ab dem 1. Januar 2018 ist außerdem die Einführung eines sogenannten „Jobtickets“ vorgesehen. Das Ticket soll zu jeder Tages- und Nachtzeit für ganz Hessen für den Nah- und Regionalverkehr, also für Busse, Straßenbahnen sowie U-, S- und Regionalbahnen gelten. Ausgenommen von dieser Regelung sind Züge des Fernverkehrs (IC, ICE). Der Dienstaussweis gilt als Legitimation zur kostenlosen Nutzung.

Der **dbb** Landesvorsitzende führte dazu weiter aus: „Die Landesregierung weicht nun erstmals von dem ab, was in der Koalitionsvereinbarung vom Januar 2014 von **CDU** und **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hinsichtlich der Entwicklung der Beamtenbesoldung festgelegt worden war. Dort waren nämlich die „Nullrunde“ 2015 und die Deckelung der Besoldungsanpassung auf 1,0% für die Jahre 2016 bis 2018 festgeschrieben worden. Auch Veränderungen (besser: Verschlechterungen) bei den Beihilfeleistungen waren schon in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen.“

Von Anfang 2015 bis zum 14. März 2017 haben die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen also alle Spardiktate für die Beamten umgesetzt, ohne die Entwicklung der Gesamtsituation (bspw. Rekordsteuereinnahmen Entwicklung des Landshaushalts insgesamt hohe Ausgaben an anderer Stelle) dabei zu berücksichtigen. Dieses bisherige, unbeirrte Festhalten an der Koalitionsvereinbarung hat bekanntermaßen dazu geführt, dass der **dbb** Hessen mit drei Klägern, vertreten durch **Prof. (em.) Dr. Dr. h. c. Ulrich Battis**, Verfassungsklagen vor hessischen Verwaltungsgerichten eingereicht hat.

Der Abstand zwischen der Entwicklung der Tarifentgelte und der Beamtenbezüge in Hessen beträgt allein aus 2015 und 2016 rd. 3,5%. Und er erhöhte sich mit dem Tarifabschluss zum 1. März 2017 auf rd. 5,5%. Nach Inkrafttreten der Besoldungsanpassung zum 1. Juli 2017 wird er wiederum 3,5% betragen. Zu diesem „Nachholbedarf“ gibt es bislang keine Aussage seitens der Landesregierung. Insofern werden unsere Klagen selbstverständlich weiter betrieben, denn der nach unserer Überzeugung verfassungswidrige Zustand dauert weiter an.“

## 60 Jahre Landesverband Hessen im BSBD

# Vom „regierungsfeindlichen Verband“ zur leistungsstarken Fachgewerkschaft

### Teil 1:

*Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Liebe Leserinnen und Leser!*

Der **BSBD** Hessen feiert in diesem Jahr seinen 60. Geburtstag! Runde Geburtstage sind immer ein willkommener Anlass inne zu halten, zurückzublicken, sich das Erreichte bewusst zu machen und Zukunftspläne zu schmieden. Wir vom Landesvorstand möchten dies mit Ihnen in den nächsten drei Ausgaben tun. 60 Jahre Bund der Strafvollzugsbediensteten Hessen, das sind 60 Jahre Einsatz für unsere Kolleginnen und Kollegen im hessischen Justizvollzug, das sind 60 Jahre Engagement, Auseinandersetzung, sehr viel aufgebrauchte Freizeit, das sind sehr viele Reden, politische Gespräche, verbunden mit viel Ausdauer, Standhaftigkeit, Hartnäckigkeit – und immer für die Kolleginnen und Kollegen.

Werfen wir aber zunächst einen Blick zurück auf die geschichtliche Entwicklung des **BSBD** Hessen. Während andere dem Deutschen Beamtenbund angehörende Fachgewerkschaften schon vor Jahren das 60-te Jubiläum ihrer Gründung begehen konnten, kann dies der **BSBD** Hessen erst im Jahre 2017 tun.

Die Bediensteten des Strafvollzugs waren bereits vor 1933 organisiert in einer Vorläuferorganisation des **BSBD's** mit dem Namen „**Verein Deutscher Strafanstaltsbeamter**“. Dieser Verein wurde nach dem 2. Weltkrieg durch den **Verband der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands** abgelöst, um damals allen in den 13 unterschiedlichen Laufbahnen tätigen Beamtinnen und Beamten (allgemeiner Vollzugsdienst, Werkdienst, Krankenpflagedienst, mittlerer, gehobener und höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst, ärztlicher Dienst, psychologischer Dienst, pädagogischer Dienst, theologischer Dienst, sozialer Dienst, Sozaldienst, betriebswirtschaftlicher Dienst und informations-wirtschaftlicher Dienst) sowie dem Tarifpersonal (Angestellten und Arbeitern) eine gewerkschaftliche Heimat zu bieten. 1957 wurde der Name in **Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)** geändert.

In Hessen organisierten sich die Kolleginnen und Kollegen erst ab 1955 im **BSBD** und im **Deutschen Beamtenbund**. Der Landesverband wurde 1957 gegründet. Warum so spät? Weil die hessische Landesregierung damals einen anderen Weg als die restlichen Bundesländer zum

Nachteil der Beamten beschritten hatte. Wie Sie wissen, spiegelt die Hessische Verfassung, 1946 beschlossen und damit eine der ältesten Landesverfassungen Deutschlands, in weiten Teilen die wirtschaftliche Umbruchsituation der unmittelbaren Nachkriegsmonate wieder.

Damals, in der verfassungsberatenden Landesversammlung, wurde die Aufnahme des Berufsbeamtentums in die Verfassung abgelehnt. Die in einer Volksabstimmung am 1. Dezember 1946 als zweite deutsche Landesverfassung beschlossene Hessische Verfassung schreibt daher in Artikel 29 Abs. 1 vor, dass für alle Angestellten, Arbeiter und Beamten ein einheitliches Arbeitsrecht zu schaffen ist. So galt in der Folge für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst das Hessische Bedienstetengesetz aus dem Jahre 1954. In diesem Gesetz traten die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums stark zurück. Es lagen bereits Referententwürfe vor, nach denen beamtenrechtliche Gesetze und Verordnungen aufgehoben oder nur noch für eine Übergangszeit fortgelten sollten. Obwohl durch Art. 33 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 (Bundesrecht bricht Landesrecht) Teile der Hessischen Verfassung vom 1. Dezember 1946, wie z. B. die Verhängung der Todesstrafe, das Verbot der Aussperrung sowie die Nichtwiedereinführung des Berufsbeamtentums faktisch irrelevant wurden, setzte man von Seiten der bereits im hessischen Strafvollzugsdienst vorhandenen Gewerkschaft **ÖTV** als auch im Hessischen Ministerium der Justiz alles daran, dass sich im hessischen Strafvollzug kein dem **Deutschen Beamtenbund** angeschlossener Landesverband etablierte. Dennoch oder gerade deswegen gründeten **Aloys Zahn**, späterer erster Landesvorsitzender, zusammen mit weiteren Kollegen am 1. März 1955 in der damaligen Straf- und Untersuchungshaftanstalt Wiesbaden in der Albrechtstraße den ersten hessischen Ortsverband des **BSBD**.

Von den damaligen Gründungsmitgliedern, von denen stellvertretend die Kollegen **Aloys Zahn**, **Ferdinand Schmitt**, **Adam Schmidt**, **Bruno Reimer**, **Heinrich Spiegel**, **Horst Lehmann**, **Helmut Janovsky**, **Helmut Kowalski** und **Hildegund Weber** zu nennen sind, war viel Überzeugungsarbeit zu leisten, um darzulegen, dass die Verwaltung eines demokratischen Rechtsstaates nicht auf das Berufsbeamtentum verzichten kann. So wurde den Gründungsmitgliedern von den dama-

ligen Vertretern des Hessischen Ministeriums der Justiz unmissverständlich erklärt, die Gewerkschaft ÖTV sei die einzige gewerkschaftliche Vertretung der Bediensteten des öffentlichen Dienstes und der Beamtenbund werde in Hessen als „regierungsfeindlich“ angesehen. Eine unglaubliche Aussage!!! Auch müsse jeder, der dem Beamtenbund beitreten würde, mit entsprechenden Vermerken in seiner Beurteilung rechnen. Verständlicherweise lösten diese Attacken zunächst eine erhebliche Verunsicherung bei den Bediensteten aus, und diese zögerten mit einem Eintritt in den **BSBD** Hessen, da sie berufliche Nachteile befürchten mussten. Erst der Mut, die Entschlossenheit und die Zivilcourage des damaligen Leiters der Strafanstalt Butzbach, des Kollegen **Günther Johanns**, der öffentlich den Eintritt in den **Deutschen Beamtenbund** verkündete, brachte den Durchbruch. So wurde im Jahre 1957 der **BSBD**-Landesverband Hessen gegründet. Danach wurden Zug um Zug **BSBD**-Ortsverbände in den hessischen Vollzugsanstalten gebildet.

Die Etablierung des Landesverbands im hessischen Justizvollzug und die Präsenz in allen Vollzugeinrichtungen verdankt der **BSBD** Hessen ganz besonders dem Kollegen **Helmut Janovsky**, der von 1966 bis 1988 Landesgeschäftsführer war; er prägte den Aufbau des **BSBD** in Hessen ganz wesentlich und entscheidend. Seiner nie erlahmenden Einsatzbereitschaft ist es zu verdanken, dass sich aus einer kleinen Interessengemeinschaft von im hessischen Strafvollzug tätigen Idealisten eine starke und leistungsfähige Fachgewerkschaft im Deutschen Beamtenbund entwickelt, die in der Lage ist, etwas zu bewegen. Nachfolger von **Helmut Janovsky**, der das Amt des Landesgeschäftsführers von 1988 bis 2003 innehatte, wurde der bienenfleißige **Willi Kümmel**. Er hatte stets die Hand am Puls der Ortsverbände – Nähe war und ist bis heute **Willi Kümmels** Stärke. Die von ihm aufgebauten Informationswege und Kommunikationsstrukturen waren schlicht vorbildlich, als die Informationstechnik noch in den Kinderschuhen steckte (kein E-mailing, kein Internet, das Fax in den Erfinderjahren).

Zu seiner Amtszeit gab der Landesverband jährlich viele Tausend D-Mark für Porto aus, **Willi Kümmel** tippte auf seiner Schreibmaschine und informierte die Ortsverbände umgehend. Sein Postversand ist legendär. Die große Erfahrung und seine ungebremste Schaffenskraft stellt er dem **BSBD** Hessen auch heute noch zur Verfügung. Er ist nicht nur Mitglied im Ehren- und Ältestenrat, sondern hat die Nachfolge von **Hildegund Weber** in der Betreuung der Pensionärinnen und Pensionäre übernommen.



Im Juli 2012 wurde dem noch in der Seniorenbetreuung des **BSBD** Hessen tätigen Ehrenmitglied **Willi Kümmel** (m.) für seine vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten im Rathaus von Baunatal von Bürgermeister **Manfred Schaub** (l.) der Ehrenbrief des Landes Hessen verliehen.

Der **BSBD** beschränkte sich nie nur auf die gewerkschaftlichen Aufgaben im engeren Sinne, sondern er nahm stets Stellung zu allen vollzugspolitischen Belangen, zu Gesetzesentwürfen, zu vollzugspolitischen und dienstrechtlichen Grundsatzfragen.

So hatte bereits die Vorgängerorganisation schon Anfang der zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts den ersten vollständigen Entwurf eines „Reichsgesetzes über den Vollzug von Freiheitsstrafen und sichernden Maßnahmen“ vorgelegt. Nach dem Zusammenbruch des 3. Reiches forderte der **BSBD** in einer Vielzahl von Stellungnahmen und Denkschriften stets eine gesetzliche Regelung des Strafvollzuges, der bis zum Inkrafttreten des ersten Strafvollzugsgesetzes durch eine Rechtsverordnung gesteuert worden war.

An der Erarbeitung des 1977 in Kraft getretenen Strafvollzugsgesetzes war der **BSBD** seit 1967 durch die Mitarbeit in Fachkommissionen und durch das Ver-

fassen umfangreicher Stellungnahmen und gutachtlicher Äußerungen wesentlich beteiligt gewesen. Im Bemühen um einen ergebnisorientierten Strafvollzug nahm der **BSBD** bestimmenden Einfluss auf Fragen der Vollzugsgestaltung und setzte sich umfassend dafür ein, dass die schwierige und fordernde Arbeit in den Vollzugeinrichtungen die hierfür notwendige Akzeptanz und Unterstützung der Öffentlichkeit erhält. Das Hauptanliegen galt – und gilt bis heute – aber stets dem Vollzugspersonal, mit dem die Qualität des Strafvollzuges steht und fällt.

Mit der Föderalismusreform in 2006 wurde die ausschließende Gesetzgebungskompetenz für das Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht der Landesbeamten sowie das Strafvollzugsrecht an die Länder übertragen. Zuvor konnten die 16 Landesverbände mit einer Stimme als **BSBD** Deutschland ihre Interessen weitestgehend vertreten. Seit dieser Föderalismusreform sind nun die jeweiligen Landesverbände ganz besonders gefordert.



Vorstandsmitglieder des **BDBD** Hessen beim Bundesgewerkschaftstag 2006 in Hamburg mit dem Bundesvorsitzenden des **dbb** Peter Heesen und dem Bundesvorsitzenden des **BSBD** Wolfgang Schröder.

### Die Landesvorsitzenden des BSBD Hessen in den vergangenen 60 Jahren waren:

<b>Aloys Zahn</b>	von 1957 bis 1969
<b>Adam Spangenberg</b>	von 1969 bis 1973
<b>Adam Schön</b>	von 1973 bis 1977
<b>Heinz-Dieter Hessler</b>	von 1977 bis 2004
<b>Uwe Röhrig</b>	von 2004 bis 2009
<b>Birgit Kannegießer</b>	von 2009 b.a.w.

Wenn man von den Personen spricht, die in den letzten 60 Jahren die Arbeit für den **BSBD** Hessen an vorderster Front geleistet haben, dürfen die Namen der Kollegen **Horst Lehmann, Werner Frey, Franz-Josef Pfeifer, Alfred Görlach, Helmut Keil, Hermann Beinroth, Matthias Gerber, Michael Horn** und **Reiner Ruf** als stellv. Landesvorsitzende, der Kollegen **Bruno Reimer, Heinrich Spiegel, Wolfgang Jacob, Helmut Baldner, Friedhelm Förster** und der Kollegin **Melanie Peil** im Amt des Landesschatzmeisters, der Kollegen **Klaus Dieter Icks** sowie **Günter Kowalski** im Amt des Landesgeschäftsführers nicht ungenannt bleiben.

Einer ist hier aber ganz besonders hervorzuheben, das ist der heutige Ehrenvorsitzende **Heinz-Dieter Hessler**, der dem **BSBD** Hessen insgesamt 27 Jahre als Landesvorsitzender diente. Seinem ganz besonderen Einsatz und seinem verbandspolitischen Geschick ist es beispielsweise zu verdanken, dass es in Hessen mehr als 100 Überleitungsstellen für die Kolleginnen und Kollegen des Allgemeinen Vollzugsdienstes, des Werkdienstes und des mittleren Verwaltungsdienstes gibt.

Mit dieser beruflichen Entwicklungsoption liegt Hessen im Bundesvergleich im-



Portraitfoto von Heinz-Dieter Hessler aus den 70-ern.

mer noch ganz vorne. Ihm ist es aber auch zu verdanken, dass wir einen besonderen Stellenkegel gerade für die größte Berufsgruppe im Justizvollzug, den allgemeinen Vollzugsdienst haben.

Dass der hessische Justizvollzug seit 1987 einen eigenen Hauptpersonalrat hat, dafür kämpfte **Heinz-Dieter Hessler**.

Er wurde der 1. HPR-Vorsitzende dieses eigenständigen Gremiums. Für hervorragende Verdienste um den hes-

sischen Strafvollzug und seine Bediensteten wurden schließlich ausgezeichnet:

- mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande des Ordens der Bundesrepublik Deutschlands die Kollegen **Aloys Zahn, Helmut Janovsky** und **Heinz-Dieter Hessler**
- mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen der Kollege **Willi Kümmel**
- mit dem Verdienststorden am Bande des Landes Hessen der Kollege **Heinz-Dieter Hessler**.

Ohne das Engagement aller Kolleginnen und Kollegen in der Verbandsarbeit hätten unsere Interessen als Beamtinnen und Beamte und Tarifbeschäftigte im Vollzug sicherlich kein Gehör gefunden und hätte nicht so vieles für die Kolleginnen und Kollegen bewegt werden können.

In der Ausgabe 3/2017 nehmen wir einen Rückblick auf die gemeinsam erreichten Erfolge und Verbesserungen für unsere Gewerkschaftsmitglieder im **BSBD** Hessen.

*Für den Artikel: Heinz-Dieter Hessler, Anja Müller und Birgit Kannegießer*



Der Vorstand des BSBD Hessen beim 50. Jubiläum (v.l.n.r. Förster, Kannegießer, Beinroth, Röhrig, Kowalski, Hessler und Pfeifer).

Alle Fotos (4): BSBD Hessen

### Vorbereitung auf 60. Gewerkschaftstag in Butzbach

## Vorankündigung Landeshauptvorstandssitzung im Juni in Lech

Vorstands- und Fachgruppenvertreterwahlen stehen im November an

Am 8. Juni 2017 ab 10.00 Uhr findet die diesjährige Tagung des **BSBD**-Landeshauptvorstands in Lich-Eberstadt statt. Daran teilnehmen die Vorsitzenden der Ortsverbände, die Fachgruppenvertreter/innen und die Mitglieder des Landesvorstands. Neben der Vorbereitung des 60. Gewerkschaftstages am 10. November 2017 in Butzbach werden folgende Themen aufgerufen werden:



- Aktuelle Arbeitssituation im hessischen Justizvollzug
- Ergebnis der Tarifverhandlungen 2017 und Auswirkungen im Justizvollzug
- Besoldungsentwicklung 2017 und Anhebung der Vollzugszulage für Beamte und Tarifbeschäftigte
- Verschiedenes.

Liebe Vorsitzende der Ortsverbände und Fachgruppenvertreter/innen, merkt Euch den Termin vor.



Foto: BSBD Hessen

**Präsentkorb Übergabe an den Koll. Hartel (l.) durch den stellv. OV-Vorsitzenden Koll. Söder (r.).**

OV Dieburg:

## Raimund Hartel hat es geschafft!

Seit Februar im verdienten Ruhestand

Nach einer sehr soliden Vollzugslaufbahn war der Kollege **Hartel** bis zum Schluss als erster Zentralist und Dienstplaner im Sachgebiet Sicherheit in der JVA Dieburg eingesetzt. Bis zum letzten Tag absolvierte Raimund seinen Schicht- und Nachtdienst. Als jüngere Kollegen keinen Antrieb fanden, stellte er sich nochmals der Herausforderung in einem Personalratsteam tätig zu werden. Nicht unerwähnt darf natürlich die Jahrzehnte lange Tätigkeit als **BSBD-Ortsverbandsvorsitzender** in Dieburg bleiben. Durch einige Eingaben im Bereich Wechselschichtzulage konnte der „alte Fuchs“ Verbesserungen für die Kollegen vorantreiben.

Mit seiner privaten Abschiedsfeier, an der neben zahlreichen Kollegen auch die Bereichsleitungen sowie auch die Anstaltsleitung mit den Kollegen **Pfeifer** und **Kowalski** teilnahmen, verabschiedete sich Raimund in gelungenem Ambiente. Kollege **Söder**, in seiner Funktion als stellvertretender OV-Vorsitzender, überreichte Raimund seinen verdienten Präsentkorb vom Ortsverband Dieburg.

Da ich an diesem Tag dienstlich leider verhindert war, sag ich durch diesen Bericht nochmals persönlich leise Servus...

„Raimund – ‚alter Fuchs‘ – wir wünschen Dir einen langen und gesunden Ruhestand mit noch vielen Aktivitäten und freuen uns auf die ein oder andere Forelle, oder leckere Wurst, die du uns vorbeibringst.“

*Ralph Hoffmann  
BSBD-Ortsverbandsvorsitzender  
JVA Dieburg*

Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Kassel I

## Ortsverband stellt Leitfaden für Dienstanfänger auf die Beine

Langjährige Mitglieder beim Ortsverband Kassel I geehrt

Am 17. Januar 2017 fand die jährliche ordentliche Mitgliederversammlung des Ortsverbands Kassel I im Baunataler Hof statt.

Nach der Begrüßung durch die Ortsverbandsvorsitzende **Simone Tafel-Höfling** stellte der Kassenwart **Thomas Rausch** den Kassenbericht für das vergangene Geschäftsjahr vor.

Im Anschluss daran hatten die stellv. Vorsitzende **Wilma Volkenand** und die Vorsitzende **Simone Tafel-Höfling** die ehrenvolle Aufgabe, die Mitglieder **Gabriele Meyfarth**, **Rolf-Dieter** und **Peter Keil** für ihre langjährige Mitgliedschaft im **BSBD** zu ehren.



**Kollege Rolf-Dieter Kubiak wurde für seine 50-jährige Treue im BSBD mit einer Urkunde und einem Präsentkorb bedacht (v.l.n.r. 1. Vorsitzende S. Tafel-Höfling, Jubilar Rolf-Dieter Kubiak, 2. Vorsitzende W. Volkenand).**



**Kollege Peter Keil wurde für seine 25-jährige Mitgliedschaft im BSBD mit einer Urkunde und einer großen Tafel Schokolade geehrt (v.l.n.r. 1. Vorsitzende S. Tafel-Höfling, Jubilar Peter Keil, 2. Vorsitzende W. Volkenand).**



**Kollegin Gabriele Meyfarth wurde für ihre 35-jährige Treue im BSBD ebenfalls mit einer Urkunde und einer großen Tafel Schokolade geehrt. (v.l.n.r. 1. Vorsitzende S. Tafel-Höfling, Jubilarin Gabriele Meyfarth, 2. Vorsitzende W. Volkenand).**

**Weitere Ehrungen im Jahr 2016**

25 Jahre Mitgliedschaft:

**Manfred Schade, Jürgen Wicke und Matthias Zinn.**

10 Jahre Mitgliedschaft:

**Angelika Zahn, Timo Fuchs und Gerhard Grohse.**

Wir bedanken uns bei allen Jubilaren für die jahrelange Treue im **BSBD**.

Die Vorsitzende berichtete anschließend aus dem Ortsverband, den Personalratswahlen im vergangenen Jahr, der Wahl der JAV, der Mitgliederentwicklung in 2016 und den Werbeaktionen.

Nicht unerwähnt blieb die Fertigstellung des Leitfadens für Dienstanfänger/Innen, der dank der finanziellen Unterstützung der **BB-Bank** Anfang 2016 in den Druck gehen konnte.

Der Leitfaden wird nun allen neuen Kollegen und Kolleginnen unverbindlich ausgehändigt, um sie mit Informationen über den anspruchsvollen Justizalltag auszustatten und Ihnen den **BSBD** schon einmal bekannt zu machen.

Die Vorsitzende bedankte sich in diesem Rahmen nochmals bei den Vorstandsmitgliedern und den Kandidaten der PR-Wahl für die gute und konstruktive Zusammenarbeit auch im Rahmen der Personalratswahlen im vergangenen Jahr.

*Simone Tafel-Höfling,  
Vorsitzende OV Kassel I*

**Ich engagiere mich im BSBD weil ...**



*... mir das Wohl meiner Kollegen am Herzen liegt.  
Simone Tafel-Höfling, Vors. OV Kassel I*